

## AKTUELL

GOEBBELS ZUR ENERGIEPOLITIK

## Ziel beibehalten, aber ...

Raymond Klein

**Der ehemalige sozialistische Wirtschaftsminister Robert Goebbels beackert im Europaparlament das gleiche Energie-Feld wie der Grüne Claude Turmes. Seine Ausrichtung ist allerdings grundverschieden.**

„Das Europaparlament ist mittlerweile ein echter Machtfaktor. Aber anders als in der Chamber gibt es keine festen Mehrheiten.“ Man hört Robert Goebbels gerne zu, unabhängig davon, ob man mit dem einverstanden ist, was er sagt. „Für die fünf Klimaschutz-Gesetzestexte sind zwei Komitees zugleich zuständig, das führt zu großen Konflikten.“ Im Dachgeschoss der sozialistischen Fraktion spricht Goebbels über seine Arbeit - kurzweilig, fundiert und ... pointiert. „Das Industriekomitee entscheidet aufgrund ökonomischer Sachverhalte, im Um-

weltkomitee dagegen steht der Schutz im Vordergrund. Ohne zu schauen, wie viel es kostet.“

Zur Pressekonferenz hat Goebbels eingeladen, um seine Einschätzung des Klimapakets der EU-Kommission darzulegen. Und um seinen, vom Industriekomitee angenommenen, Bericht zur Verteilung der CO<sub>2</sub>-Emissionsziele auf die Mitgliedstaaten vorzustellen. „Wir haben die Vorgaben der Kommission beibehalten“, erläutert der Europaparlamentarier. Aber Länder wie Luxemburg bräuchten mehr Flexibilität. Die für 2020 geforderten 11 Prozent weniger CO<sub>2</sub> - im EU-Mittel sind es 20 - seien unerreichbar. Goebbels schlägt vor, die Möglichkeit auszubauen, Einsparungen in andere Länder auszulagern. Das sei im Kyoto-Protokoll vorgesehen und auch für die Empfängerländer vorteilhaft.

Kommt es zu einem Post-Kyoto-Abkommen, so hat sich die EU verpflichtet, ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 30 statt nur um 20 Prozent zu senken. „Das wollten wir auf keinen Fall in Frage stellen“, betont Goebbels. Doch weil eine solch ambitionöse Zielsetzung erhebliche Folgen nach sich ziehe, dürfe sie nicht ohne öffentliche Debatte beschlossen werden. Deshalb findet er es „inakzeptabel“, die Anpassung von 20 auf 30 Prozent einem Expertenkomitee zu überlassen. In seinem Bericht wird unter anderem eine Impactstudie gefordert.

Wenig überraschend sind die Äußerungen Goebbels', der sich in den Neunzigern einen Namen als „Beton-Minister“ und Alptraum der Umweltbewegung gemacht hat, zu fossilen Energien: „Wir brauchen alle Technologien, Gas und Kohle einbegriffen“ und „Es geht nicht ohne Atom“. Diese Aussagen mögen mittelfristig stimmen, doch sie haben einen Nachklang von „Weiter so wie bisher“.

Das Thema Agrokraftstoffe nutzt Robert Goebbels, der lange Jahre an der Realität des Klimawandels zweifelte, um aufs Neue gegen den Strom der umweltpolitischen Korrektheit zu schwimmen. Brasilien habe trotz intensiver Nutzung von Ethanol nie

Schwierigkeiten gehabt, und der Reis sei teurer geworden, obwohl er nicht zur Biospritzgewinnung taugte, führt er an. Aus solchen oberflächlichen Feststellungen schlussfolgert er: „Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Nahrungsknappheit und Biotreibstoffen.“

Seiner Forderung nach Transparenz und Demokratie bei den europäischen CO<sub>2</sub>-Reduktions-Entscheidungen dagegen mag man nicht widersprechen. „Der Klimaschutz hat einen Preis. Es wird Gewinner und Verlierer geben, und die Verlierer werden sich zu Wort melden. Das sollten die Leute wissen.“ Goebbels warnt davor, solche Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg zu treffen. Doch wenn er dann sagt, es seien die Schwachen, die am meisten zahlen müssen, fragt man sich, ob es dem betont volksnahen Sozialisten nicht einfach darum geht, den Klimaschutz zu verhindern. Damit aber leistet er den „Schwachen“ einen Bärendienst, denn die Folgen des Klimawandels werden sie viel heftiger und unausweichlicher treffen als vernünftige Schutzmaßnahmen.

KRISENFREIER HAUSHALT

## Kaufkraft von Staatswegen

Richard Graf

**Die Steuerbelastung der Bürger wird 2009 um ein Zehntel gesenkt, doch die Indexmanipulation wird vorerst nicht rückgängig gemacht.**

Der Staat verzichtet gegenüber seinen BürgerInnen auf rund 11,5 Prozent der Steuereinnahmen, rechnet Staatsminister Jean-Claude Juncker am Mittwoch anlässlich der Vorstellung des Staatshaushaltsentwurfes für 2009 vor. Das Publikum erreicht die frohe Botschaft ziemlich überraschend: Nachdem bereits im letzten Jahr die Steuertabelle um sechs Prozent nach unten revidiert worden war, kommen dieses Jahr noch einmal neun Prozent dazu. Zusätzlich wird der Arbeitnehmerfreibetrag von 300 Euro als Steuerkredit ausgelegt: Auch Geringverdiener, die keine Steuern zahlen, kommen jetzt in den Genuss dieses Geldes. Im vergangenen Jahr - als nur leichte Gewitterwolken am Wirtschaftshimmel zu erblicken

waren - hieß es noch, die damals beschlossene Steuerreduzierung bedeute vorerst das Ende der Fahnenstange. Weitere „Knippercher“ würden erst verteilt, wenn die wirtschaftliche Lage dieses erlaube.

Inzwischen haben sich die Wolken zu einem Dauergewitter entwickelt, und der Staatsminister und sein Budgetminister Luc Frieden mussten innerhalb weniger Tage Rücklagen im Wert von fast einem Drittel des Staatshaushalts mobilisieren, um zwei alteingesessene Privatbanken „zu retten“. Trotzdem bleiben die Steuergeschenke bestehen.

Ist diese „Quadratur des Kreises“, wie das Luxemburger Wort dieses Phänomen benennt, ein weiterer Geniestreich unserer CSV-dominierten Finanzpolitik? Denn trotz angespannter Lage versprechen unsere Budget-Macher erstmals seit Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf - pünktlich zum Wahljahr.

Wahrscheinlich hätte der übervorsichtige Budgetminister seine in Lila gebundene Vorlage wohl am liebsten vor der Deponierung in der Chamber eingestampft, nachdem er am vergangenen Wochenende gleich mehrere Milliarden aus der wohl gehüteten Staatsschatulle in Richtung Kapitalbeteiligung an Fortis und Dexia umschichten musste. Doch es war wohl nicht nur der Mangel an Zeit, der ihn von diesem Vorhaben abgehalten ließ.

Lila ist die Farbe der Hoffnung - und die stirbt bekanntlich zuletzt. Die Regierung will nicht auf Dauer Teilhaber bei Fortis und Dexia bleiben, das Geld soll - wenn wieder Ruhe einkehrt und alles gut geht - an die Staatskasse zurückfließen, zusätzlich der abgemachten Verzinsung.

Außerdem hatte Juncker anlässlich der Erklärung zur Lage der Nation versprochen, den Kaufkraftverlust der BürgerInnen, der wegen wieder anziehender Inflation, verteuerter Energiepreise und nicht zuletzt der Indexmanipulation auch in Luxemburg zum politischen Dauerthema geworden ist, auszugleichen.

Der sozialistische Koalitionspartner schluckt die Indexkröte und pfeift parteiinterne Kritiker zurück: Der Haushalt enthalte genügend soziale Komponenten, um den Verlust, der durch die Indexmanipulation auftritt,

auszugleichen. So soll Alleinerziehern ein zusätzlicher Steuerkredit von 750 Euro bewilligt werden und der im letzten Jahr eingeführte Kinderbonus kommt jetzt monatlich.

Vorausgesetzt, die Steuerverwaltung gerät nicht wieder in Verzug, werden die SteuerzahlerInnen (und nicht zuletzt die Wahlberechtigten unter ihnen) fast ein halbes Jahr lang die Wohltaten der Steuervergünstigungen zu spüren bekommen, bevor zur Wahlurne geschritten wird. Die wenigsten werden sich die Mühe machen nachzurechnen, in welchem Maße ein nicht manipulierter Index ihnen einen gleichen oder vielleicht höheren Geldsegen beschert hätte.

Zudem wird Friedens Rechnung nur aufgehen, wenn die wirtschaftspolitischen Prämissen bezüglich Wachstum, Beschäftigung und Inflation tatsächlich nach Plan eintreten, wie der Vorsitzende der CSV-Fraktion mahnend feststellte. Wenn in zwei Monaten die Vorlage von der Abgeordnetenversammlung zur Diskussion ansteht, werden wohl ganz andere Zahlen die Debatte beherrschen. Die versprochenen Geschenke wird dann niemand zurückweisen, stattdessen wird wohl einmal mehr der Rotstift bei den ohnehin „streng“ zusammengekürzten laufenden Ausgaben ange-setzt werden.